

des

Verbandes der Hausangestellten Deutschlands

(vormals: Monatschrift des Vereins für die Interessen der Hausangestellten, 9. Jahrg.)

Für Mitglieder kostenlos.
Für Nichtmitglieder jährlich 2 Mark exkl.
Zu beziehen durch die Post.

August 1911

Redaktion und Expedition:
Sda Baar, Berlin SO. 16, Michaelkirchpl. 1, II.
Redaktionschluss am 22. j. M.

Der Gewerkschaftskongress und die Hausangestellten.

In der Juninummer unserer Zeitung wurde auf den in der letzten Juniwoche in Dresden stattgefundenen Gewerkschaftskongress hingewiesen. Die Zusammenkunft von 388 Delegierten, die 55 Verbände mit insgesamt 2 170 000 Mitgliedern, Arbeiter und Arbeiterinnen, vertreten, war eine großartige Demonstration der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft Deutschlands. Es waren viele wichtige Fragen, die zur Verhandlung kamen. Für die Hausangestellten wurde von unserem Verband folgender Antrag eingebracht, der auch einstimmige Annahme fand:

„Der achte Gewerkschaftskongress fordert die Gewerkschaftskartelle Deutschlands auf, die junge Organisation der Hausangestellten moralisch und materiell nach Kräften zu unterstützen, die Gründung von Ortsgruppen nach Möglichkeit zu veranlassen und sich besonders auch der Unterrichtung und Heranbildung geeigneter weiblicher Hilfskräfte anzunehmen.

Den Kartellen wird weiter empfohlen, die Arbeiterschaft, deren Kinder in Dienst gehen, über die bestehenden Gesindeordnungen aufzuklären.

Diese Unterstützung wird der vorwärtsschreitenden Organisation der Hausangestellten wie der gesamten Arbeiterschaft von Nutzen sein.“

In der Begründung dieses Antrages wurde von unserer Delegierten darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, daß schon die Eltern der Hausangestellten über die Gesetze, denen ihre Kinder unterstehen, unterrichtet sind und auch darüber aufgeklärt werden, welchen moralischen und sittlichen Gefahren gerade junge Mädchen oftmals ausgesetzt sind und wie häufig ihnen Unrecht zugefügt wird. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit des zeitigen Anschlusses an unseren Verband, der allein ihnen stets Schutz bieten kann. Mit dem Hinweis auf Heranbildung weiblicher Hilfskräfte wollen wir uns Mitarbeiterinnen und Weiterinnen für unsere Organisation sichern, die sich in alle Fragen der Agitation und Organisation hineinarbeiten und uns dann gute Dienste leisten können. Es wurde dann noch zu der Frage des Arbeitsnachweises von unserer Delegierten auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die mit dem Inkrafttreten des neuen Stellenvermittlungsgesetzes der Stellenvermittlung vieler unserer Ortsgruppen von der Behörde bereitet werden.

Von den auf dem Kongress behandelten Fragen interessieren uns noch besonders: „Die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungskasse“, „Die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften“ und „Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung“. Wir werden in den nächsten Nummern unserer Zeitung noch darauf zurückkommen und bringen heute den Vortrag über:

Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften.

Referent J. Sassenbach-Berlin: Die deutschen Gewerkschaften haben von ihrer Begründung an versucht, auf ihre Mitglieder erzieherisch einzuwirken und ihnen die Kenntnisse zu vermitteln, die sie befähigen, mit Ueberzeugung und Ueberlegung den wirtschaftlichen und politischen Kampf zu führen. Nur der kann ein guter Mitkämpfer sein, der weiß, was er will. Besonders in den Zeiten der Krisis zeigt es sich, wie wertvoll die durch die Erziehungsarbeit bedingte klare Ueberzeugung in der Mitgliedschaft ist. Presse, Vorträge und Bibliotheken standen den Gewerkschaften zu diesem Zweck zur Verfügung. Ohne Ueberhebung können wir es sagen, daß das

gewerkschaftliche Zeitungswesen auf hoher Stufe steht.

Das Vortragswesen hat großen und guten Einfluß geübt. Wie mancher Gewerkschaftler und auch wie mancher von uns ist durch die Vorträge in den Gewerkschaften zum erstenmal

zum Nachdenken über wirtschaftliche Fragen angeregt worden. Die politischen Versammlungen kamen vielfach erst dann in Betracht, wenn die Gewerkschaft bereits vorgearbeitet hatte. Was in jener ersten Zeit den Vorträgen vielleicht an wissenschaftlicher Tiefe mangelte, wurde durch Begeisterung ersetzt, und begeistert wurden sie auch aufgenommen. Inzwischen sind die Ansprüche gestiegen und die Begeisterung ist vielfach einer natürlichen Ueberlegung gewichen. Die Arbeiterschaft hat sich im allgemeinen geistig höher entwickelt und verlangt auch nach besserer Kost.

Das Bildungsweisen

kann für die Gewerkschaften nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein. Es kann sich für sie nicht darum handeln, die Lücken auszufüllen, die die Volksschule leider in den Elementarkenntnissen hinterlassen hat. Ihre Aufgabe ist es, die Mitglieder mit den Fragen des öffentlichen Lebens bekannt zu machen und sie als Kämpfende zu unterstützen. Immerhin sind auch Versuche gemacht worden, die Lücken der Elementarkenntnisse zu beseitigen, so in vielen Universitätsstädten durch die freie Studentenschaft. Diese Bestrebungen verdienen durchaus die Unterstützung der Gewerkschaften. Ebenso ist es angebracht, die Gewerkschaftsmitglieder auf die von der Arbeiterschaft gegründeten

eigenen Bildungseinrichtungen

aufmerksam zu machen, also auf Arbeiterbildungsschulen und Freie Volkshäuser.

Wie kann nun für bessere Vorträge gesorgt werden? Dadurch, daß an Stelle des heutigen sozusagen wilden Verfahrens ein systematisches Vorgehen tritt. Ich will damit durchaus nicht eine

Zentralisation des Bildungswezens der Gewerkschaften

vorschlagen. Es kann sich hier nur um Anregungen handeln, nicht um schablonenmäßiges Vorgehen. Solche Anregungen werden bereits jetzt gegeben durch den von der sozialdemokratischen Partei eingesetzten Zentralbildungsausschuß und durch die Bildungsausschüsse an den einzelnen Orten. An den örtlichen Ausschüssen sind die Gewerkschaften bereits jetzt meist beteiligt. Ich möchte nur dringend wünschen, daß diese Teilnahme an allen Orten allgemein wird. (Sehr richtig!) Fernere Voraussetzung ist, daß Lehrgegenstände, die das Gebiet der Gewerkschaften berühren, auch im Sinne der Gewerkschaften vorgetragen werden. Wir haben keine Veranlassung, Veranstaltungen zu unterstützen, in denen den Arbeitern die Freude an den Gewerkschaften verkehrt wird. Immer wird es sich darum handeln, gute Vortragskräfte zu besorgen. In kleinen Orten ist das nicht immer möglich, hier wird die Gesamtheit einzutreten haben. In den großen Orten aber muß mit dem bisherigen System gebrochen werden, erst im letzten Augenblick einen Referenten zu besorgen und diesen über ein beliebiges Thema reden zu lassen. Hier dürfte es sich empfehlen, für eine

längere Periode die Vorträge festzulegen,

etwa für ein halbes Jahr. Dann müßten die Vorträge so gewählt werden, daß sie sich ergänzen, ohne daß dabei das Verständnis irgendeines Vortrages erschwert wird, wenn der vorher gehaltene Vortrag nicht gehört wurde. Dagegen empfiehlt es sich nicht, in den Vereinsversammlungen geschlossene Vortragskurse zu veranstalten.

Auch soweit es sich um Veranstaltungen zur

Bildung der Jugend

handelt, käme in erster Linie ein gemeinsames Vorgehen in Frage. Daß auf diesem Gebiete eine rege Tätigkeit der Gewerkschaften erwünscht und nötig ist, hat ja der vorhergehende Gewerkschaftskongress nachdrücklich betont. Die Wirkung der Vorträge wird aber auch erhöht, wenn am besten während der ganzen Versammlung kein Ausschank stattfindet. Es ist besser, statt der in-

direkten Entschädigung durch den Verbrauch von Getränken eine direkte Miete für das Lokal zu zahlen. (Sehr richtig!) Was in anderen Ländern möglich war, sollte auch in Deutschland einführbar sein.

Der erfreuliche Fortschritt der Gewerkschaften macht eine Menge Kräfte nötig, die nicht mehr in der alten Weise herangebildet werden können. Die älteren Gewerkschaftsfunktionäre sind mit den Organisationen groß geworden und allmählich in die immer größer werdenden Aufgaben der Gewerkschaft hineingewachsen. Wenn aber heute ein Mitglied einer Organisation in eine gewerkschaftliche Stellung hineingewählt wird, steht er sofort den ganzen komplizierten Aufgaben der jetzigen Gewerkschaftsbewegung gegenüber. Die Erkenntnis, daß hier die allmählich gewonnene praktische Erfahrung durch ein anderes Mittel ersetzt werden muß, hat nun die Gewerkschaften veranlaßt, die Unterrichtskurse in Berlin ins Leben zu rufen. Es ist daher zu überlegen, ob man nicht ein Stück weitergehen und den leitenden Genossen in den einzelnen Orten die Möglichkeit geben soll, sich eine bessere Spezialvorbildung für gewerkschaftliche Tätigkeit anzueignen. Soweit einzelne Orte nicht selbst etwas leisten können, würde die Generalkommission eingreifen müssen. In ungefähr 6 Vorträgen könnte ein weites Gebiet der gewerkschaftlichen Grundanschauungen behandelt werden. In großen Städten, in denen Vortragskräfte vorhanden, könnte 6 Wochen hindurch an einem bestimmten Wochentag ein Vortrag veranstaltet werden.

Auch in dem

Bibliothekswesen

haben die Gewerkschaften von Anfang an ihre Schuldigkeit getan. Aber ein Fortschritt gegen früher ist nicht erzielt worden. Der Posten des Bibliothekars ist in der Regel noch immer der unterste Posten in der ganzen Verwaltung. Das Bibliothekswesen darf nicht so betrieben werden, daß in geistloser Weise die zufällig vorhandenen Bücher an die zufällig kommenden Mitglieder ausgegeben werden. Will man Besseres leisten, so kommen die Fragen der Zusammenfassung der Bibliothek, ihrer Ergänzung, der technischen Verwaltung und der Propaganda in Betracht.

Das vom Zentralbildungsausschuß herausgegebene Musterverzeichnis und die von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend herausgegebene Zusammenstellung für Jugendbibliotheken hat ja vieles gebessert. Leider wird von diesen Hilfsmitteln noch nicht genügend Gebrauch gemacht. Bei einer Neuherausgabe des Verzeichnisses des Bildungsausschusses werden die Herausgeber jedenfalls gern bereit sein, der gewerkschaftlichen Literatur weitgehendst Platz einzuräumen. Auch die Unterhaltungsliteratur verdient, soweit es sich um gute Bücher handelt, durchaus Berücksichtigung. Bei den größeren Bibliotheken spielt die technische Einrichtung eine große Rolle. Auch hier müßten sich unsere Bibliotheken die modernen Errungenschaften und die verschiedenartigen Hilfsmittel für das Bibliothekswesen zunutze machen. Die Literaturbeilage des „Correspondenzblattes“ muß so ausgebaut werden, daß sie zu einem Ratgeber der Bibliothekare bei der Einrichtung, Ergänzung und Verwaltung der Bibliotheken wird.

Redner legt folgende Leitsätze vor:

1. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Mitglieder mit Fragen des öffentlichen Lebens bekannt zu machen und ihnen Kenntnisse zu vermitteln, die geeignet sind, sie als Menschen zu heben und als kämpfende Arbeiter in ihren Kämpfen zu unterstützen. Die Erweiterung der Elementarkenntnisse der Volksschule ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften. Wo von dritter Seite solche Versuche gemacht werden, können sie durch die Gewerkschaften gefördert werden.

2. Die Vorträge in den Gewerkschaftsversammlungen sind systematischer zu gestalten. Es wird empfohlen, die Vorträge für eine längere Zeit vorher festzulegen. Bei dem Wechsel der Mitglieder erscheint es nicht angängig, in den regelmäßigen Versammlungen Vortragskurse zu veranstalten, dagegen ist zu empfehlen, daß die Vorträge eines Halbjahres zueinander in Beziehung stehen. Soweit einzelne Organisationen imstande sind, für sich selbst Vortragskurse zu veranstalten, möge dieses außerhalb der regelmäßigen Versammlungen geschehen.

3. Die Veranstaltung von Vortragskursen, die allen Gewerkschaftsmitgliedern zugänglich sind, wird den örtlichen Bildungsausschüssen überlassen. In Ermangelung eines solchen kann das Gewerkschaftsartell Vortragskurse veranstalten. Voraussetzung der Beteiligung am Bildungsausschuß ist, daß die Gewerkschaften in ihm in paritätischer Weise vertreten sind und daß diejenigen Lehrgegenstände, die das Gebiet der Gewerkschaften behandeln, im Sinne der Gewerkschaften vorgetragen werden.

4. Den Gewerkschaftsfunktionären an den einzelnen Orten sollen durch Vortragskurse, die das Gewerkschaftsartell veranstaltet, eine genaue Kenntnis der gewerkschaftlichen Grundsätze vermittelt werden.

5. Die Literaturbeilage des „Correspondenzblattes“ ist so auszugestalten, daß sie den Bibliothekaren bei der Einrichtung,

der Ergänzung und technischen Verwaltung der Bibliotheken als Ratgeber dienen kann.

6. Im einzelnen werden beim Bibliothekswesen folgende Grundsätze anerkannt:

- a) Zentralbibliotheken der gesamten Arbeiterschaft eines Ortes mit genügenden, in den verschiedenen Stadtteilen gelegenen Ausgabestellen sind der jetzigen Zersplitterung vorzuziehen.
- b) Wo die Möglichkeit besteht, einen Bibliothekar anzustellen, ist dieses anzustreben. Bei der Wahl des Bibliothekars ist darauf zu sehen, daß er nicht allein imstande ist, die technischen Arbeiten zu erledigen, sondern daß er auch literarisches Verständnis hat und es versteht, in freundlicher und angemessener Weise den Besuchern bei der Auswahl von Büchern behilflich zu sein.
- c) Die Ergänzung der Bibliothek hat regelmäßig und laufend zu erfolgen. Dem Bibliothekar in Gemeinschaft mit der Bibliothekskommission ist im voraus ein Jahreskredit zu bewilligen, innerhalb dessen sie aus eigenem Entschluß neue Bücher anschaffen können.
- d) Der Gewerkschaftsliteratur ist mehr Platz einzuräumen.
- e) Gute Unterhaltungslektüre ist geeignet, anregend auf den Leser zu wirken. Hier dürfte es sich empfehlen, die neuere Literatur mehr als bisher zu berücksichtigen.

Alle diese Anregungen sind auch für die Leitungen unserer Ortsgruppen von großer Wichtigkeit. Doch unsere Mitglieder sollen nicht abseits stehen und abwarten, was ihnen geboten wird, sondern sie sollen in den Versammlungen ihre Vorschläge machen und Wünsche äußern. Wir empfehlen allen Ortsgruppen eine recht eingehende Beratung über die hier gegebenen Leitsätze.

Die Blumentage,

die seit einiger Zeit in zahlreichen großen und kleinen Orten in Deutschland veranstaltet werden, erfreuen sich großer Aufmerksamkeit von Seiten der Damen der Gesellschaft und ihrer Töchter. Diese Aufmerksamkeit richtet sich aber nur nach der einen Seite der Veranstaltungen; wie es auf der andern Seite aussieht, davon wissen sie nichts. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Dresden wurde die Frage berührt bei der Beratung des Schutzes für Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, wozu nicht selten auch Kinder gehören, die durch die Heimarbeit schonungslos ausgebeutet werden. In der Diskussion erklärte Sinn-Berlin (Blumenarbeiter): „Der Blumentagrummel hat zu einer Verschlechterung der Lage der Blumenarbeiterinnen geführt. Der Gedanke, bei den Blumentagen Geld aus der breiten Masse herauszuholen, weil sich aus den Reichen für Wohltätigkeitszwecke nichts herausfinden läßt, ist im Sinne der Veranstalter nicht übel. So sind denn Kornblumentage für Veteranen veranstaltet worden, weil die öffentlichen Mittel für die alten Krieger nicht ausreichen, und auch für Mutter und Kind ist gesammelt worden, weil Staat und Regierung für sie nichts übrig haben. Aber die Blumentage haben auch dazu dienen müssen, für Verschönerungsvereine Gelder zu schaffen, oder wie es im Vogtland geschehen ist, für den Bau eines Museums. Es kommt genug Geld zusammen, in Württemberg hat der Neffentag 450 000 Mk. ergeben, in Leipzig der Margueritentag 160 000 Mk. Im ganzen kann man rechnen, daß etwa 2 Millionen Mark in Deutschland durch Blumentage zusammengebracht worden sind. Das Schlimme ist nur, daß ein Teil des Ertrages auf Grund der unglaublich niederen Löhne der Blumenarbeiterinnen zusammenkommt. Der Verkaufspreis für das Gros Margueriten betrug früher 90 Pf., die Veranstalter der Blumentage sagten zum Fabrikanten: Sie müssen auch etwas für die Wohltätigkeit tun und billiger liefern. Der erste verzichtete vielleicht auf seinen Profit und lieferte das Gros für 60 Pf. Aber nun wurde dieser Preis überall geboten und als erst die großen Lieferungen für Berlin und Leipzig kamen, wo es sich um 2 bis 3 Millionen Gros Blumen handelte, wurden die Preise noch mehr gedrückt und betragen jetzt für Papiermargueriten 42 Pf. und für Satinmargueriten 52 bis 53 Pf. für das Gros. Die Fabrikanten wollten aber trotzdem verdienen und so schlugen sie die Differenz heraus durch

unglaubliche Herabsetzung der Löhne.

Für ein Gros Kornblumen wurden früher 30 Pf. den Arbeiterinnen bezahlt, in den Heimarbeitersgebieten 25 Pf. Jetzt werden für Kornblumen 7 Pf. bezahlt. Nun stelle man sich einmal vor, 144 Kornblumen werden gepreßt geliefert, die Schläge müssen auseinandergenommen, die Blume gerichtet und der Stiel mit Papier bewickelt werden, und dafür gibt es 7 Pf. Redner erinnert an die Schilderungen des Berichterstatters der „Germania“. Auch in der Fabrikblumenindustrie sind die Preise von 4 auf 3 Pf. für das Gros gesunken, und es steht zu befürchten, daß die Blumenindustriellen in Zukunft auch für bessere Sachen nicht mehr bezahlen wollen. In einer bekannten Fabrik im Blauenischen

Grunde verdient eine Arbeiterin bei zehnstündiger intensiver Arbeit 49 Pf., das macht in der Woche 3,50 Mk. nach den Abzügen aus. Bei dem großen Bedarf an Blumen suchen die Fabrikanten beständig neue Arbeitskräfte heranzuziehen. Die Arbeiterschaft hat absolut kein Interesse an den Blumentagen." (Lebhafter Beifall.)

Die Hausangestellten in der Reichs-versicherungsordnung.

Von Louise Zieg.

II.

Vergeblich war die Forderung der Hausangestellten, die auch in Form einer Petition dem Reichstag zuging: sie der Unfallversicherung zu unterstellen. Und doch ist die Erfüllung dieser Forderung so notwendig. Jährlich stürzen eine ganze Anzahl der Mädchen aus dem Fenster, beim Fensterputzen oder Seifen, sie stürzen von der Trittleiter, verbrennen sich die Hände oder Füße, oder beim Kriechen durch die Zimmer, wenn sie die Teppiche kehren oder den Fußboden bohren, bekommen sie Kniegelenkentzündungen, Knieverknorpelungen, das sogenannte "Dienstbotenknie". Sind die Mädchen durch solche Berufsunfälle zum Krüppel geworden, haben sie keinen Rentenanspruch, wenn sie in Privathäusern dienen, wohl aber wenn sie eine Stellung im Hotel, Restaurant oder sonstigen Gastwirtsbetrieb haben. Also zweierlei Recht!

Diese Zurücksetzung bei der Versicherungsgesetzgebung mag unseren Kolleginnen zeigen, wie bitter nötig es tut, alle noch Unorganisierten unserem Verbands zuzuführen, damit wir eine große, starke Macht werden und das erringen können, was man uns jetzt, wo wir noch eine verhältnismäßig kleine Zahl sind, verweigert.

Der Invalidenversicherung waren unsere Kolleginnen schon immer unterstellt und damit gelten für sie auch die Bestimmungen der Witwen- und Waisenversicherung, die der Invalidenversicherung angegliedert ist.

Zunächst einige Bemerkungen über die Invalidenversicherung. Die ihr Unterstellten sind in 5 Klassen eingeteilt nach ihrem Einkommen. Die Beiträge dazu betragen bisher 14 bis 36 Pf. die Woche, wovon die Versicherten die Hälfte, die Arbeitgeber die andere Hälfte zu zahlen haben. Unsere Kolleginnen gehören wohl ausnahmslos den beiden untersten Klassen an, in denen versichert sind: die ein Einkommen bis zu 350 Mk. haben in der ersten Klasse, und bis zu 550 Mk. in der zweiten Klasse. Der dritten Klasse gehören an bis zu einem Jahreseinkommen von 550 bis zu 850 Mk., der vierten Klasse von 850 bis 1150 Mk. und der fünften Klasse über 1150 Mk.

Hätten also bisher unsere Kolleginnen die Hälfte von 14 = 7 Pf. oder die Hälfte von 16 = 8 Pf. wöchentlich zu zahlen, so müßten sie in Zukunft, da der Beitrag erhöht ist um 2 bis 12 Pf., 8 bis 9 Pf. pro Woche zahlen. Werden sie invalide, d. h. können sie nicht mehr ein Drittel von dem verdienen, was sie bisher erarbeiteten, so erhalten sie Invalidenrente, wenn sie mindestens 200 Wochenbeiträge geleistet haben. Droht die Invalidität, so kann ein Heilverfahren eingeleitet werden, um die Gesundheit zu bessern, bezw. wieder herzustellen und die Invalidität abzuwenden. Ist Invalidität eingetreten, beträgt die Rente in der ersten Klasse 60 Mk. Grundbetrag, dazu kommt ein Reichszuschuß von 50 Mk. und Steigerungssätze um 3 Pf. pro geleisteten Beitrag, also bei 500 Beiträgen 15 Mk., insgesamt also 125 Mk. In der zweiten Klasse Grundbetrag 70 Mk., der Reichszuschuß 50 Mk. und die Steigerungssätze 6 Pf. pro geleisteten Beitrag. Tritt die Invalidität nach 500 geleisteten Beiträgen ein, beträgt also die Rente 150 Mk. jährlich. Unsere Kolleginnen sehen, das ist bitter wenig, zum Sterben zuviel, zum Leben und sei es bei trockenem Brot zu wenig. Um diese Rente müssen so viele und just Frauen aber noch schwer kämpfen. Man hat Frauen abgewiesen mit ihrem Rentenanspruch, obgleich sie an beiden Beinen gelähmt waren, weil sie, wie man ihnen sagte, ja noch stricken könnten und damit noch ein Drittel des bisherigen Verdienstes zu erwerben vermöchten. Kürzlich hieß es sogar, Mädchen, die beide Beine verloren beim Unfall im gewerblichen Betrieb und nun Rente bekommen, seien — begährte Heiratskandidatinnen. Damit wollte man die niedrige Rente entschuldigen. Eine größere Gefühllosigkeit und Ungerechtigkeit ist wohl kaum zu denken. Aber „gebildete“ Herren waren es, die so redeten. Bisher konnte ein Mädchen, wenn es heiratete, seine geleisteten Invalidenbeiträge sich auszahlen lassen, starb ein Invalidenversicherter, konnten die Hinterbliebenen die gezahlten Beiträge retour bekommen, das gleiche geschah, wenn der Versicherte eine Unfallrente bezog, die den 7½fachen Betrag des Grundbetrages der Invalidenrente ausmachte. Das fällt jetzt alles weg, weil die Witwen- und Waisenversicherung eingeführt wird. Also Erhöhung der Beiträge um 2 bis 12 Pf. pro Woche und keine Rückzahlung der Beiträge mehr. Rente sollen aber nicht alle Witwen haben, sondern nur die *invaliden*. Die Rente der invaliden Witwe wird betragen 50 Mk. Reichszuschuß und drei

Zehntel des Grundbetrages und der Steigerungssätze der Invalidenrente, auf die der verstorbene Mann Anspruch hatte. Im Einführungsgefes hat man aber weiter noch bestimmt, daß die Steigerungssätze, auf die Anspruch erhoben wird auf Grund der geleisteten Beiträge von 1912, nicht in Anrechnung kommen. Nur ein Teil des Grundbetrages der ersten Klasse (60 Mk.). Eine Frau, die 1912 Witwe wird und invalide ist, erhält also nur 68 Mk. im Jahr, für ein Kind 34 Mk., für ein weiteres nur 29,50 Mk. und das nennt man Witwen- und Waisenrente. Glende Bettelpfennige sind es, weniger als die Armenverwaltung zahlt. Zunächst sind also von dem Bezug der Witwenrente ausgeschlossen, die vor 1912 Witwe wurden, zweitens jene, deren Männer der Invalidenversicherung nicht unterstehen, z. B. die Hausgewerbetreibenden. Diese beiden Gruppen erhalten auch keine Waisenrente für ihre schulpflichtigen Kinder und drittens jene, die nicht *invalide* sind, und die wenigen, die invalide sind, erhalten dann die genannten Bettelpfennige, die nicht mal zur Miete reichen. Haben Mann und Frau beide zur Invalidenversicherung gesteuert, bis der Mann starb, so kann die nicht invalide Witwe ein Witwengeld und bei der Schulentlassung ihrer Kinder ein Waisengeld bekommen. Beides ist eine einmalige Unterfertigung. Das Witwengeld, das aber nur die nichtinvalide Witwe bekommt, hat die Höhe einer Jahreswitwenrente — also 68 Mk., wenn die Frau 1912 Witwe wird, also immer noch weniger, als wenn sie die gezahlten Beiträge ihres Mannes, die 90 bis 190 Mk. betragen, zurückgezahlt bekäme. Das Waisengeld hat die Höhe eines achtfachen Monatsbeitrages der Waisenrente. Die einzigsten nennenswerten Verbesserungen gegen früher sind, daß neben der Invalidenrente in Zukunft dem Invaliden eine Kinderrente gezahlt wird, wenn er noch schulpflichtige Kinder besitzt. Die Kinderrenten dürfen aber nicht mehr denn je ein Zehntel der Invalidenrente und insgesamt nicht mehr denn die Hälfte betragen. Frauen, die nach 1912 Witwe werden, haben, wenn ihr Mann Invalidenversicherter war, gleichfalls Anspruch auf Heilbehandlung durch die Invalidenversicherung. Leider ist die so segensreiche vorbeugende Heilbehandlung gleichzeitig eingeschränkt worden, denn in Zukunft hat die Aufsichtsbehörde zu entscheiden, ob sie eingeleitet werden darf, während diese Entscheidung bisher den Versicherungsanstalten oblag. Statt die Heilbehandlung auf die ganze Familie auszudehnen schränkte man sie ein.

Abgelehnt ward auch, die Altersrente vom vollendeten 65. Lebensjahre statt vom 70. ab zu gewähren. Für die Veteranen der Arbeit hat man nicht einmal was übrig.

Unsere Kolleginnen mögen daraus ersehen, daß uns freiwillig von den Herrschenden nichts gewährt wird, selbst von denen nichts, die immer so viel von christlicher Nächstenliebe reden. Man sieht in uns nur die lebendigen „Arbeitsinstrumente“, die ihnen nach jeder Richtung das Leben angenehm zu gestalten haben, entweder indem sie blinkendes Gold aus unserer Arbeitskraft münzen oder indem wir ihnen persönlichen Dienst leisten und ihre Hausarbeit besorgen müssen. Was wir an Rechten, an Schutz und an Fürsorge brauchen, das müssen wir uns erkämpfen aus eigener Kraft. Und die erlangen wir nur durch Einigkeit, durch die Macht der Organisation.

Die Verfolgung der Hausangestellten durch die braunschweigische Polizei.

In Braunschweig erblickt die Polizei in der Organisation der Hausangestellten ein Staatsverbrechen. Es erscheint ihr unerhört, daß auch die weiblichen Dienstboten von der Koalitionsfreiheit Gebrauch machen und sich nicht mehr als Sklaven fühlen. Namentlich sucht die braunschweigische Polizei den Hausangestellten das Abhalten von Versammlungen zu verleiden, indem sie jede Versammlung, unbekümmert um das Reichsvereinsgesetz, das nur öffentliche politische Versammlungen anmeldspflichtig macht, ungebeten überwacht, das Referat dann als politisch betrachtet und dem Einberufer ein polizeiliches Strafmandat zugehen läßt. Obwohl die gerichtliche Entscheidung bisher die Polizei stets hat abfahren lassen, kann sich die hochwohlwollliche doch nicht von ihrer Gewohnheit trennen.

So hielten die Mitglieder des Zentralverbandes der Hausangestellten am 15. Januar in den Gambinushallen zu Braunschweig eine Versammlung ab, in der Redakteur Wagner vor Beginn des gemüthlichen Beisammenseins über das Thema: „Die Frau und der bunte Rock“ referierte. Da die Versammlung nicht öffentlich war, sondern nur die Mitglieder und deren Angehörige eingeladen waren, das Thema auch durchaus nicht politisch behandelt werden sollte, war die Versammlung selbstverständlich nicht anmeldspflichtig. Dennoch stellten sich die stadtbekanntesten Geheimpolitisten Müller und Schulze ein, um im Auftrage des Polizeipräsidentums die Versammlung zu überwachen. Um nicht eine gewalttätige Sprengung der Versammlung zu riskieren, die der braunschweigischen Polizei schon zuzutrauen gewesen wäre, wurden den Politisten die verlangten Plätze überlassen.

Redakteur Wagner führte in seinem Referate aus, daß er unter dem bunten Rocke den Militarismus verstehe. In einem streng kulturhistorischen Vortrag gab er dann einen Ueberblick über die Entwicklung des Kriegswesens und die Mitleidenschaft, in die die verschiedenen Epochen der Kriegsführung die Frau gezogen. Schließlich ging dann der Referent auch auf den Militarismus der Gegenwart ein, zeigte dessen Kulturwidrigkeit und Volksfeindlichkeit und meinte schließlich, daß die Frauen und besonders die weiblichen Dienstboten hiernach wahrhaftig keinen Grund hätten, sich für den bunten Rock zu begeistern. Sie sollten sich den militärischen Vergnügensveranstaltungen fernhalten und die Groschen, die sie dafür ausgeben, lieber ihrem Verbandszugekommen lassen.

Daraus machte die Polizei flugs einen politischen Vortrag und schickte der Einberuferin Toppstedt ein politisches Strafmandat wegen Veranstaltung einer nicht angemeldeten öffentlichen politischen Versammlung. Gegen das Strafmandat wurde gerichtliche Berufung eingelegt. Am 19. Juli fand die Verhandlung vor dem Schöffengerichte statt.

Schon als die Zeugen Müller und Schulze nach ihren Aufzeichnungen über das Referat Wagners berichteten, meinte der Vorsitzende, ob sie sich nicht geirrt hätten, das sei doch ein historisches und kein politisches Referat gewesen. Müller und Schulze verteidigten sich jedoch auf den Groschen. Wagner habe gesagt, fürs Militär dürfe kein Groschen verwendet werden. Damit sei eine Einwirkung auf die Gesetze beabsichtigt; denn die Bewilligung der Groschen hänge vom Reichstage ab. Die Redewendung habe deshalb den Sinn gehabt, die Frauen und Dienstboten sollten ihre Männer und männlichen Bekannten anhalten, sozialdemokratisch zu wählen. Das sei überhaupt der ganze Zweck des Referats gewesen.

Redakteur Wagner rekapitulierte als Zeuge seinen Vortrag in kurzen Zügen und überzeugte die Richter davon, daß er ein rein kulturhistorisches Referat gehalten. Die beiden Polizisten mußten dann schließlich zugeben, daß Wagner vom Reichstage überhaupt nicht gesprochen hätte und daß es nur ihre Empfindung gewesen sei, er habe die Anwesenden auffordern wollen, keine Militärausgaben zu bewilligen. Wagner verwahrte sich dagegen, einen solchen Unsinn gesprochen und Dienstboten und Frauen, die doch gar kein Wahlrecht hätten und meist auch keine direkten Steuern zahlten, zu einer Steuerverweigerung aufzufordern.

Der Amtsanwalt meinte zwar, der Vortrag sei politisch gewesen, aber er habe keine Einwirkung auf die Gesetzgebung erhalten und nach einer Entscheidung des Reichsgerichts seien nur solche Versammlungen als politische anzusehen, die auf eine Einwirkung auf die Gesetzgebung abzielten. Dieser Fall liege hier nicht vor, deshalb beantrage er Freisprechung.

Der Verteidiger Dr. Jasper wies nach, daß die Angeklagte schon deshalb freigesprochen werden müsse, weil die Versammlung gar nicht öffentlich gewesen sei. Davon abgesehen, habe es sich um einen kulturhistorischen Vortrag gehandelt. Die von Müller und Schulze hervorgehobene Redewendung beziehe sich auf militärische Vergnügensveranstaltungen. Der Referent habe die Dienstboten davor gewarnt, sich mit Unteroffizieren usw. einzulassen, die nach der Entlassung vom Militär Polizisten würden und dann die Arbeiter und Arbeiterinnen ebenso bespitzelten wie die Zeugen Müller und Schulze. Er beantrage Freisprechung und Uebernahme aller Kosten auch für die Verteidigung auf die Staatskasse.

Das Gericht entschied nach kurzer Beratung im Sinne der Verteidigung. Es handele sich um ein kulturhistorisches Referat, das selbstverständlich auch auf die Verhältnisse der Gegenwart eingehen müsse. Selbst wenn die Redewendung von dem Groschen so gemeint gewesen wäre, wie sie die Zeugen Müller und Schulze empfunden hätten, so werde dadurch das Referat nicht zu einem politischen. Da es sich um einen Rechtsfall gehandelt habe, hätte sich die Beklagte einen sachverständigen Beistand nehmen müssen, weshalb die Staatskasse auch die Verteidigungskosten zu tragen hätte.

Die Polizisten Müller und Schulze hatten also einen gründlichen Reinfall erlebt, was die Polizei hoffentlich davon abhalten wird, den Zentralverband der Hausangestellten weiter zu belästigen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Berlin. Unsere Ortsgruppe hielt am 6. Juli ihre Quartalsversammlung in den „Industrie-Festhallen“, Beuthstraße, ab. Fräulein Arndt und Fr. Lude erstatteten Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung im zweiten Quartal 1911. Das Büro, Michaelkirchplatz 1, wurde lebhaft in Anspruch genommen und vielfach Rat und Auskunft verlangt und bereitwillig gewährt. In sieben Fällen wurden durch den Rechtsschutz, auf den die Mitglieder Anspruch haben, rückständige Löhne und Kostgeld von insgesamt 348,88 Mk. gewonnen, die ohne Hilfe des Verbandes verloren gegangen wären. Die Vertretung vor Gericht hatte regelmäßig Fr. Lude übernommen. In zwei Fällen wurden die Klagen abgewiesen. Häufig genügte auch die Vermittlung des Ver-

bandes ohne die Anrufung der Gerichte, um Vergleiche zugunsten unserer Kolleginnen abzuschließen und die Zahlung des Lohnes oder die Herausgabe von zurückbehaltenen Sachen oder Papieren oder die Aenderung von ausgefertigten ungünstigen Zeugnissen zu veranlassen. — Die Zahl der Mitglieder ist von 1065 im ersten Quartal auf 1172 gestiegen. Neu eingetreten sind 148, ausgeschieden sind 41 Mitglieder. Ueber den Stand der Kasse wurde nachstehende Abrechnung bekanntgegeben und erläutert:

Abrechnung der Ortsgruppe Berlin für das 2. Quartal 1911.

Einnahme:		Hauptkasse.	Ausgabe:	
139 Eintrittsgelder à 20 Pf.	27,80	Mk.	Kranfengeld	74,—
2043 Beiträge à 20 Pf.	408,60		An die Hauptkasse in bar	363,—
Sonstige Einnahmen (Erfolgsfaktoren)	—60		Summa	437,—
	Summa	437,—		

Einnahme:		Lokalkasse.	Ausgabe:	
Kassenbestand vom vorigen Quartal	2275,11	Mk.	Agitation:	
2043 Beiträge à 20 Pf.	408,60		a) Druckfachen	108,50
2043 Ortszuschuß à 10 Pf.	204,80		b) Essen usw.	192,30
Sonstige Einnahmen	417,25		c) Referate und Saalmiete	33,30
	Summa	3742,26	Verwaltungskosten:	
			a) persönliche	680,—
			b) sächliche	3,30
			Sonstige Ausgaben	289,50
			Bestand der Lokalkasse am Quartals-	
			schluß	2024,96
			Summa	3742,26

Fr. Arndt berichtete über einen Erfolg in der **Kostgeldfrage** für die Hausangestellten. Unserer Ortsgruppe hatte Ende April an den Polizeipräsidenten als zuständige Stelle das Ersuchen gerichtet, den bisher üblichen Kostgeldsatz für die Hausangestellten zu erhöhen. Nur auf 1,25 Mk. pro Tag hatten die Hausangestellten Anspruch, wenn sie unberechtigterweise plötzlich entlassen wurden oder wenn die Herrschaft auf Reisen ging oder bei anderen Gelegenheiten, wenn das Mädchen selbst für die tägliche Kost zu sorgen hatte. Der Zentralverband trat dafür ein, daß dieser niedrige Satz erhöht werde, weil er den herrschenden Preisverhältnissen schon längst nicht mehr entspricht. Vom Polizeipräsidenten ist nun kürzlich ein günstiger Bescheid auf das eingereichte Gesuch eingegangen; der Kostgeldsatz wurde auf 1,60 Mk. erhöht (inkl. 30 Pf. für Wohnung).

Diese 1,60 Mk. pro Tag verteilt der Polizeipräsident wie folgt:

	Männl. Dienstboten	Weibl. Dienstboten
Für Morgenkaffee	0,15 Mk.	0,15 Mk.
„ Frühstück	0,20 „	0,20 „
„ Mittagessen	0,55 „	0,40 „
„ Nachmittagskaffee	0,15 „	0,15 „
„ Abendessen	0,40 „	0,40 „
„ Wohnung	0,30 „	0,30 „
	1,75 Mk.	1,60 Mk.

So klein diese Verbesserung ist, so begrüßten die Versammelten sie doch als einen Erfolg ihres Verbandes. Dagegen kritisierten sie abfällig, daß die weiblichen Dienstboten mit einem geringeren oder kleineren Mittagessen sich begnügen sollen als die männlichen. Ueberdies ist ein Mittagessen für 55 Pf. schon recht schmal bemessen. Hervorgehoben wurde besonders, daß es sich dabei nur um Minimalsätze handeln könne und daß die Mädchen bei Vereinbarungen mit der Herrschaft nach höheren Sätzen für die Beköstigung streben müßten.

Zu dem Landespolizeibezirk, für den diese Feststellung gilt, gehören die Orte: Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Wilmersdorf, Lichtenberg und Borsinghagen-Kummelsburg.

In einer Versammlung in Charlottenburg am 20. Juli wurde die Kostgelderhöhung ebenfalls besprochen und auch darauf hingewiesen, in welcher Weise sich bereits der „Lokal-Anzeiger“ dazu geäußert hat. Dieser ist der Meinung, daß es schon besser wäre, wenn sich um die Kostgeldfrage niemand kümmern und den Parteien „freie Vereinbarung“ wie bisher überlassen bleibt. Wie diese freie Vereinbarung aussieht und daß sie stets zum Nachteil der Hausangestellten ausfällt, wurde in der Diskussion von den Kolleginnen recht deutlich geschildert. Die Anwesenden wurden aufgefordert, allen Kolleginnen von dieser Kostgelderhöhung zu erzählen, damit jede Bescheid wisse. Gleichzeitig sollen alle Kolleginnen darauf hingewiesen werden, daß nur unser Verband für ihre Vorteile eintritt, weshalb sich alle unserem Verband anschließen müssen. Die Diskussion war eine recht lebhaft. Es beteiligten sich außer der Leiterin Fr. Arndt die Kolleginnen Fr. Hermann, Fr. Kunkel, Fr. Pitlinski, Fr. Lange, Fr. Lude, Fr. Nowak und andere.

Am Donnerstag, den 22. Juni, sprach Fr. Arndt in Charlottenburg im „Volkshaus“ über das Thema: „Warum müssen sich alle Hausangestellte dem Zentralverband anschließen?“ In der dem Vortrage folgenden Diskussion wurden noch verschiedene Fragen betreffs der Arbeitsverhältnisse besprochen. An unseren Ausflügen nach Hermsdorf, Finkenkrug und an dem Tagesausflug nach Freienwalde an der Oder war die Beteiligung sehr zahlreich.

Ertragsbeiträge gingen ein: E. Sch. 0,50 Mk., L. S. 1 Mk., G. R. 0,50 Mk., M. Sch. 1 Mk. Dankend quittiert A. Lude.

Berge-dorf. Dienstboteneleid. Was man sich Dienstboten gegenüber erlaubt, zeigt folgender Vorfall: Als am Sonntag, den 2. Juli, an welchem Tage hier ein größeres Fest stattfand, eine Kollegin circa eine Stunde später in ihre Dienststelle zurückkam, fand sie die Haustür verschlossen. Trotz mehrfachen Klopfens wurde dieselbe nicht geöffnet. Es blieb ihr daher nichts anderes übrig, als zu ihren Eltern zu gehen und dort zu übernachten. Am anderen Morgen begab sich die Kollegin wieder zu ihrer Herrschaft. Dort wurde sie wegen ihres Ausbleibens mit Schimpfworten empfangen, tätlich angegriffen und mit

dem Kopf an die Türklinke gestoßen, wobei sie nicht unerheblich verletzt wurde. Derartige Fälle dürften sich noch mehr ereignen; leider wird von den Diensthöten selbst nur in recht seltenen Fällen Meldung gemacht, teils aus Scham, teils aus Rücksicht gegenüber der Herrschaft, die aus Angst vor der Öffentlichkeit am anderen Tage Reue empfindet und durch kleine Geschenke den Diensthöten zum Stillschweigen bewegt. So ging es auch in diesem Falle. Um diese eigenartige Diensthötenbehandlung totzuschweigen, erhielt das gemißhandelte Mädchen einige Tage später ein Paar Schuhe geschenkt. Pflicht der Diensthöten müßte es sein, der Krisverwaltung von solchen Vorfällen Mitteilung zu machen, um durch Kritik und eventuelle Klage gegen die Herrschaft dieser plausibel zu machen, daß Dienstmädchen ebenfalls Menschen sind und Anspruch auf menschenwürdige Behandlung haben.

Der hiesige Hausfrauenverein hat seine Firma geändert und nennt sich jetzt „Diensthötenverein“, jedenfalls, um auf diese Weise die „Segnungen“ dieses Vereins auch den Diensthöten zuteil werden zu lassen. Der Hauptgrund dürfte aber der sein, daß die hiesige Hausangestelltenorganisation zwar langsam, aber stetig an Mitgliedern zunimmt. Um unserer Organisation das Wasser abzugraben, versucht man, die Diensthöten für derartige zwecklose, die Hausangestellten selbst schädigende Vereine einzufangen. Unsere Aufgabe wird sein, dafür zu sorgen, daß dieser Sumpfschlamm kein einträglicher wird, indem wir den Hausangestellten, Wäscherinnen und Scheuerfrauen den eigentlichen Zweck dieses Vereins stets vor Augen führen werden. Mehr wie bisher werden wir es uns angelegen sein lassen, die Diensthöten aufzuklären, ihnen zeigen, welche Organisation ihre Interessen vertritt, ihnen Schutz bietet gegen unwürdige Behandlung und schlechte Entlohnung. Unsere Parole wird sein: Gegen den verkappten Frauenverein, genannt Diensthötenverein; für den Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands. Das Vereinslokal der Ortsgruppe Bergedorf befindet sich bei Johans, „Schönes Gesellschaftshaus“, Wentorfer Straße. Aufnahme neuer Mitglieder nehmen entgegen: Heinrich Pöhl, Bergedorf, Hintern Graben 31, Frau Mint, Bergedorf, Fehlsstraße 4, Frau Wolter, Bergedorf, Weidenbaumweg 42, und Frau Krismannskj, Sande, Waldstraße 6. Rat und Auskunft erteilt jeden Montag und Donnerstag, abends von 8½ bis 10 Uhr, die Auskunftscommission, deren Sitz sich im Lokale „Deutsches Haus“, Bergedorf, Sachsenstraße 4, befindet. Hausangestellte, sagt dies allen Euren Kolleginnen.

Braunschweig. Unsere Mitgliederversammlung fand am 13. Juli statt. Frau Biermann verlas die Abrechnung vom zweiten Quartal 1911 wie folgt: Einnahme 116,60 Mk., Ausgabe 104,35 Mk., Bestand vom ersten Quartal 218,94 Mk., bleibt am zweiten Quartalschluß 231,19 Mk. Mitgliederbewegung: eingetreten 7, ausgetreten 8, getriden 12 Mitglieder, Bestand vom vorigen Quartal 140, verbleibe am Quartalschluß 127 Mitglieder. — Mit großem Interesse verfolgten die Mitglieder die Vorlesung aus dem Buche: „Die Lage der weiblichen Diensthöten in Berlin“. Mögen sich die Mitglieder noch mehr angelegen sein lassen, unsere Versammlungen zu besuchen, die so viel Lehrreiches und Interessantes bieten.

Umständehalber findet unser Sommerfest erst am 20. August statt.
Anna Biede.

Danzig. Die Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe tagte am Sonntag, den 9. Juli 1911, im Büro, Dominikswall 8. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: „Die Diensthötenorganisation und ihre Notwendigkeit“. Der Referent, Herr Grünhagen, besprach eingehend, wie sehr die Hausangestellten unter den herrschenden Gesindeordnungen entrechtet und unterdrückt sind. Referent forderte die Mitglieder auf, soviel wie möglich den städtischen Stellennachweis zu benutzen, um den Stellenvermittlern ihr Ausbeutungshandwerk zu legen. Zum Schluß wurde für die nächste Zeit eine öffentliche Hausangestelltenversammlung besprochen. Eine Neuaufnahme wurde gemacht.
Toni Kottschalk, Schriftführerin.

Frankfurt a. M. Die hiesige Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 9. Juli, eine Mitgliederversammlung ab. Den Rassenbericht gab Kollegin Glaab. Die Einnahmen betragen 498,62 Mk., die Ausgaben 376,87 Mk., so daß ein Rassenbestand von 121,75 Mk. auf das zweite Quartal übertragen werden konnte. Kollegin Tesch referierte alsdann über das Thema: „Die Ferien der Hausangestellten“. Sie führte unter anderem aus, daß im Sommer alles aus der staubigen Stadt eist, um in frischer Wald- oder Seeluft sich zu erholen, sich neue Kräfte zu sammeln. Doch meistens sind dies alles Leute, die eigentlich gar keine Erholung nötig hätten, die meistens nur der Abwechslung und des Vergnügens wegen diese Reisen machen. Und diejenigen, die das ganze Jahr hindurch arbeiten und sich quälen müssen, nur, um das tägliche Brot zu haben, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die haben keine Ferien, keine Zeit, um sich mal von anstrengender Arbeit auszuruhen. Und sie hätten es doch am nötigsten. Auch besonders die Hausangestellten, die doch von früh morgens bis spät abends arbeiten müssen. Geht die Herrschaft auf Reisen, so schießt man das Mädchen nach Haus, wo es dann gewöhnlich mit ins Feld muß, um den Eltern nicht zur Last zu fallen, denn meistens bekommt es keine oder nur geringe Entschädigung von der Herrschaft. Andere nehmen das Mädchen mit, doch hat es dann sehr oft doppelte Arbeit. Wieder andere entlassen das Mädchen einfach. Kollegin Tesch betonte, daß eine Besserung dieses Zustandes nur zu erreichen ist, wenn alle Mädchen sich zusammenschließen, um so einen Einfluß auf die Verhältnisse auszuüben. Kollegin Vittorf forderte die Kolleginnen auf, zu sorgen, daß unsere Organisation eine mächtige werde, erst dann können wir etwas erreichen. In der Diskussion erzählte Kollegin Gehling von einem Mädchen, das schon zwei Jahre bei der Herrschaft war und nun auch, weil die Herrschaft ins Bad ging, ohne Kostgeld entlassen werden sollte. Unsere Kollegin klärte das betreffende Dienstmädchen auf, so daß die Herrschaft schließlich doch das Geld geben mußte. Kollegin Tesch las nun noch einen Fall aus der „Volksstimme“ vor, wo ein Bauer sein Dienstmädchen mit einer Geldstrafe

von 5 Mk. belegte, weil es ohne seine Erlaubnis zu einer Konfirmation gegangen war, und mit 50 Pf., weil es an einem Morgen zweimal das Feuer habe ausgehen lassen. All dieses zeigt, wie nötig die Aufklärung unter den Hausangestellten ist. Darum hinein in den Verband der Hausangestellten Deutschlands. Leider war die Versammlung sehr schlecht besucht, woran jedenfalls das schöne Wetter schuld war.
Anne Glaab.

Halle. Die Mitgliederversammlung fand am 5. Juli unter zahlreicher Beteiligung statt. Frau Klose gab den Bericht über Rassenbestand und Stellenvermittlung. Im Laufe des zweiten Quartals wurden 47 Mitglieder aufgenommen und 364 Beitragsmarken verkauft. Die Abrechnung mit der Hauptkasse zeigt in Einnahme und Ausgabe eine Bilanz von 129,20 Mk. Die Lokalkasse hat eine Einnahme von 268 Mk. und eine Ausgabe von 226,35 Mk. Der Bestand der Lokalkasse am Quartalschluß beträgt 231,16 Mk. Unser Stellennachweis wurde im zweiten Quartal von 84 Herrschaften, welche Mädchen suchten, von 48 stellensuchenden Mädchen und 6 Aufwartefrauen aufgeführt. 29 Mädchen und 3 Aufwartefrauen wurden vermittelt. Es fand noch eine kurze Besprechung über Verbandsangelegenheiten statt.

Im Verbandslokal (Karlstraße 14) tagte am 17. Juli die öffentliche Versammlung. Sehr zahlreich waren Mitglieder und Gäste erschienen. Referentin war Frau Hennig aus Leipzig. Das Thema lautete: „Was müssen die Diensthöten tun, um sich ein besseres Leben zu verschaffen?“ Die Referentin verband es, alle Mängel des Diensthötenlebens anschaulich zu schildern. Einige Aufnahmen waren zu verzeichnen.
M. Damer.

Hamburg. Im Stellennachweis meldeten sich vom 1. Juni bis 30. Juni 185 Hausfrauen, die Mädchen suchten; 77 Mädchen suchten Stellung. Es wurden vermittelt: 34 Mädchen bei voller Station, 5 Tagmädchen, 9 Aushilfen. 209 Frauen suchten Arbeit. Vermittelt wurden: 5 Morgenfrauen, 2 Kochfrauen, 103 Arbeitstage. 65 Kolleginnen besuchten die Näh- und Unterhaltungsabende im Büro. 160,25 Mk. haben die Kolleginnen erspart, die durch den eigenen Stellennachweis Stellung erhalten haben.

— Mitgliederversammlung am 13. Juli im „Gewerkschaftshaus“. Von dem Kartellbericht wird Abstand genommen. Frau A. Jährenwald-Berlin sprach über die Pflichten der Hausangestellten dem Staat gegenüber. Es sei sehr bedauerlich, daß unser Verband so wenig an Ausdehnung zugenommen hat im Deutschen Reich. Man könne beinahe verzweifeln. Je größer die Organisation, desto leistungsfähiger ist sie. In Hamburg bekommen die Mädchen nur 1 Mk. Kostgeld, während man in Berlin zu 1,60 Mk. verpflichtet ist, Hamburg aber ist wirtschaftlich teurer als Berlin. Die Rednerin besprach dann noch kurz die Arbeiterschutzgesetze, die Mutterschaftsversicherung sowie die Witwen- und Waisenversorgung und ermahnte zum Schluß die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß auch unsere Organisation an Ausdehnung gewinne.
J. de Haas.

Abrechnung der Ortsgruppe Hamburg für das 2. Quartal 1911.

Einnahme:	Hauptkasse.		Ausgabe:	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Vom 1. Quartal am Orte verbliebene Hauptkassengelder	568,60		Krankengeld	390,81
266 Eintrittsgelder à 20 Pf.	53,20		An die Hauptkasse gesandt in bar	568,60
4084 Beiträge à 20 Pf.	816,80		Hauptkassengelder in der Ortsgruppe verblieben	480,89
Sonst. Einnahmen (6 Duplik.)	1,20	871,20		
		Summa .. 1439,80		Summa .. 1439,80

Einnahme:	Lokalkasse.		Ausgabe:	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Rassenbestand vom vorigen Quartal	1118,59		Agitation:	
4084 Beiträge à 20 Pf.	816,80		a) Drucksachen	174,28
4034 Ortszuschuß à 10 Pf.	403,40		b) Referate	28,80
Stellenvermittlung	244,—		Stellenvermittlung:	
Sonstige Einnahmen:			a) Drucksachen	52,—
105 Arbeitsarten à 10 Pf.	10,50		b) Spesen und Post	149,83
Ueberschuß von Festlich-	6,35		Verwaltungskosten persönl.:	
keiten	—	1486,20	Gehalt	300,—
1 Extra-Beitrag	—	2604,89	Arbeitsstunden	296,50
		Summa .. 2604,89	Entschädigung für Fahrgehd	30,—

			Hilfs-	71,80
			Kassierinnen	9,—
			Arbeiterpresse	8,64
			Invalidentversicherung	15,—
			Revisionen u. Sitzungsgelder	
			Sächliche:	
			Miete	275,10
			Bürobedarf	37,20
			Telephon	40,80
			Licht	29,13
			Reinigung	89,96
			Beiträge Gewerkschaftsamt	
			Geheim Gewerkschaftshaus	115,67
			Sonstiges:	
			Rechtschutz Rohemann	5,—
			Broschüre Feh	110,53
			Defizit vom Maiest	142,70
			Summa ..	1880,97
			Rassenbestand am Quartalschluß	723,92
			Summa ..	2604,89

— Wie mangelhaft die Schlafstätten für Hausangestellte hier sind, zeigen folgende Aufzeichnungen: Mitglied 8921, die als Kleinmädchen tätig ist, berichtet: „Unser Zimmer ist sehr feucht, unter den dünnen Bettdecken werden wir des Nachts nicht warm.“ Eine andere Kollegin schreibt: „Essen sehr gut, was ich von der Behandlung nicht fagen kann.“ „Die Tür meines Schlafzimmers darf ich nicht zuschließen,“ schreibt eine siebzehnjährige Kollegin. „Meine Dame ist Schneiderin,“ schreibt ein Alleinmädchen, „ich muß im Arbeitszimmer schlafen; vom 15. Dezember bis 24. Dezember vorigen Jahres wurde bis 12 Uhr nachts gearbeitet, ich konnte deshalb nie eher zu Bett gehen, trotzdem meine Arbeit um 10 Uhr abends beendet war. Eine andere Kollegin: „Mein Zimmer ist sehr feucht, mein Zeug ist sehr feucht, mein Zeug ist teilweise verpakt (Stofflede) und riecht ganz modrig; der Fußboden

ist so morsch, daß ich schon einmal mit der Bettstelle eingebracht bin. Das Wasser läuft an den Wänden herunter, aber die Dame behauptet, es sei nicht feucht.“ Zur Bekräftigung bittet die Kollegin freundlichst, der Verband möchte die Sache untersuchen. Ein achtzehnjähriges junges Mädchen teilt mit, daß sie mit ihrer Kollegin das Bett teilen muß und außerdem schlafen die drei Kinder der Herrschaft noch mit im Zimmer. Wieder klagt eine Köchin, der Fußboden besteht aus Zement, die Wand, an der das Bett steht, ist die des Kohlenraumes, welche bei Tau und Nagemwetter Masse treibt. Eine andere klagt wieder über feuchtes Zimmer, auch tanzen des Nachts die Mäuse herum, — sehr angenehm — ist die ironische Bemerkung des Mädchens. Ein 24-jähriges Alleinmädchen erhofft durch den eigenen Stellennachweis eine recht gute Stelle zu erhalten, da das Essen hier sehr mangelhaft ist und das Schlafzimmer kein bißchen Luft bekommt. Wieder eine andere Kollegin ist aus Gutmütigkeit mit zu den Eltern der Dame gegangen, weil der Herr die Familie nicht ernähren konnte; ihre Schlafstelle war im Wohnzimmer auf einem Chaiselongue. Das Bett bestand aus einer Steppdecke, einem dünnen Kissen und einem Unterbett zum Zudecken, welches nie bezogen wurde. Eine sechzehnjährige Kollegin, die in Eisebrügge bei Hamburg bedienstet ist, klagt, daß ihr Zimmer zwischen Kälber- und Pferde stall belegen ist; zu lüften geht das Zimmer gar nicht. Ihre Garderobe ist vollständig verstopft. Noch mehr Fälle könnte man anführen, denn nur wenige sind es, die keine Klagen haben. Gewiß sind einige Kolleginnen da, die es auch gut haben, aber es ist nicht unsere Aufgabe, diese zu besprechen. Die Schäden müssen wir aufdecken. Unsere Hausangestellten haben ein Recht auf ein gesundes Zimmer. Sie tragen dazu bei, den Hausfrauen ein angenehmes Leben zu schaffen, als Hausangestellte können sie es auch verlangen.

Hannover. Mitgliederversammlung vom 21. Juni im „Gewerkschaftshaus“. Frau Berta Probst rezitierte Gedichte von Ida Negri, Otto Krille, Regel und Wilhelm Busch. Darauf besprach Kollegin Elfriede Gewehr eingehend den Tarifvertrag, den der Verband der Hausangestellten mit der „Solidarität“ (Partei und Gewerkschaftshaus) abgeschlossen hat. Nach diesem Tarife arbeiten die Angestellten in Restaurant und Herberge vom 1. Juli 1911 ab unter folgenden Bedingungen:

1. Arbeitszeit.

Für vollbeschäftigte Mädchen und Frauen beträgt die Arbeitszeit an Werktagen möglichst nicht über 10 Stunden. Diese soll nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und in der Regel abends um 9 Uhr beenden sein.

Köchinnen sollen an Werktagen möglichst nicht über 12 Stunden beschäftigt werden.

2. Lohn.

Der Mindestlohn beträgt für weibliches Personal neben Kost und Wohnung 25 Mk. für selbständige Köchinnen 50 Mk. monatlich. Nach einjähriger Beschäftigung beträgt der Mindestlohn 30 bzw. 60 Mk. Weitere Steigerungen bleiben freier Vereinbarung vorbehalten.

Die eigene Wäsche der Vollbeschäftigten wird mitgewaschen.

Für Aushilfen wird bei stundenweiser Beschäftigung mindestens für die Stunde 30 Pf., bei tageweiser Beschäftigung und 12 Stunden Arbeitszeit neben Kost mindestens 2,50 Mk. für den Tag bezahlt.

Waschfrauen erhalten bei neunstündiger Arbeitszeit neben Kost 2,50 Mk. für den Tag; Ueberstunden werden mit 30 Pf. bezahlt. Die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung werden von der „Solidarität“ bezahlt.

3. Ferien.

Alle vollbeschäftigten Arbeitskräfte haben jede Woche an einem Wochentage nachmittags von 3 Uhr ab, die Köchinnen jede zweite Woche einen vollen Wochentag und die Küchenmädchen jeden vierten Sonntag frei.

Die über ein Jahr Beschäftigten erhalten in den Sommermonaten eine Woche Ferien gegen Fortzahlung des Lohnes und einer Kostvergütung von 1,50 Mk. täglich.

Zum Schluß ihres Berichts betonte Kollegin Gewehr, daß es hoch notwendig wäre, daß eine solche Regelung der Arbeitsbedingungen auch in anderen Wirtschaftsbetrieben Platz greife, da nur zu häufig bittere Klagen laut würden über unbegrenzte Arbeitszeit sowie mangelhafte Beförderung, und daß der Lohn den geforderten Leistungen nicht entspräche. Wo 25 bis 30 Mk. monatlich gezahlt würden, bekommen die Angestellten die Wäsche nicht mitgewaschen und sind daher gezwungen, im Monat mindestens 5 Mk. von ihrem Lohne an die Wäscherin zu zahlen. Gegen solche Ausnutzung anzukämpfen, sie zu beseitigen, müsse Aufgabe des Verbandes sein, die aber um so sicherer und schneller gelöst werden könne, je mehr die Hausangestellten die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses einsehen lernen. — Eine Kollegin schilderte noch ihre traurigen Erlebnisse aus jüngster Zeit bei einer Herrschaft in Alesfeld. Infolge Arbeitsüberbürdung wurde die Kollegin krank. Als sie sich niederlegen wollte, mußte sie sich beschimpfen lassen, sie sei faulfrant. Einen Tag später kam sie schon in das Krankenhaus, wo sie vierzehn Tage bleiben mußte. Inzwischen hatte die Herrschaft das Dienstverhältnis aufgehoben, da sie nicht warten könne, bis das Mädchen wieder gesund sei, und hat obendrein noch einen Teil des ihm zustehenden Lohnes einbehalten. Der Verband wird dafür Sorge tragen, daß die Kollegin zu ihrem Rechte kommt. Mit einem Hinweis auf den am 23. Juli stattfindenden Ausflug nach der Mühlenchenke fand die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

In der Mitgliederversammlung am 19. Juli im „Gewerkschaftshaus“ sprach Kollegin E. Gewehr über das Thema: „Die Dienstboten im Kampfe ums Dasein“. Ausgehend von den traurigen sozialen Verhältnissen, durch die auch die weibliche Jugend der Arbeiterklasse gezwungen wird, schon früh an den Broterwerb zu denken, schilderte sie kurz die Lage der Arbeiterinnen und ihr Streben nach Verbesserung ihrer Daseinsbedingungen durch den gewerkschaftlichen Kampf, um dann ausführlich einzugehen auf die Verhältnisse der Arbeitsschwestern im

„dienenden Stande“. An Beispielen zeigte die Referentin, wie die Hausangestellten unter unmenschlich langer Arbeitszeit zu seufzen haben, wie sie bei aller Arbeit noch unglaublichen Schikanerereien ausgesetzt sind. Nicht selten kommt es vor, daß den Mädchen Ohrfeigen angedroht oder auch gar verabreicht werden. Läßt ein Mädchen sich eine solche Behandlung nicht stillschweigend gefallen, so taugt es nichts, ist frech, hat ein ungebührliches Betragen. Kann es ein Mädchen mit seiner Menschenwürde nicht mehr vereinbaren, sich in dieser Weise behandeln zu lassen und entflieht einem solchen patriarchalischen Joch, so prüft die Herrschaft Nach. Denn sie ist durch den plötzlichen Fortgang des Mädchens in Verlegenheit gesetzt worden, und bei der herrschenden Dienstbotennot ist es nicht leicht, Ersatz zu finden. Dieses unbotmäßige Mädchen, das so wenig die Interessen „seiner Herrschaft“ wahr und nicht bedenkt, daß diese ohne einen dienstbaren Geist nun einmal nicht leben kann, darf nicht straflos ausgehen. Sie hat ja noch sein Dienstbuch in Händen, und dahinein ergießt sich dann ihr ganzer Zorn; es kommt ein Zeugnis zustande, worauf das Mädchen nur schwer eine neue Stelle wieder bekommt. Die Referentin ging dann noch auf die Lohnverhältnisse ein und bemerkte, daß der Hausangestelltenverband zwar hier am Orte auf Erhöhung der Löhne eingewirkt habe, daß sie jedoch im Vergleich zu den in anderen größeren Städten Deutschlands gezahlten Löhnen noch niedrige seien. Auch auf diesem Gebiete kann nur durch ein einheitliches Vorgehen Wandel geschaffen werden. Gewöhnlich heißt es bei den jungen Mädchen: „Auf Lohn kommt es mir nicht so sehr an, wenn ich nur gute Behandlung und gutes Essen habe.“ Die Herrschaften versprechen dann auch viel und bekommen auf diese Weise ein recht billiges Mädchen. Das ist die Hauptsache. Ist das Mädchen erst dort, so braucht man die Versprechungen ja nicht zu halten, wie es überhaupt die Herrschaften glänzend verstehen, sich um die Pflichten den Dienstboten gegenüber zu drücken, so bei Krankheitsfällen, Entlassung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist u. a. m. Gewissenlos werden die Mädchen um das Wenige, was sie zu beanspruchen haben, gebracht. Man verläßt sich dabei auf deren Unerfahrenheit. Die Hausangestellten aufzuklären über das, was sie fordern können und müssen, ist eine Aufgabe des Verbandes. Die Organisation ist eben eine unentbehrliche Waffe im Kampfe ums Dasein. (Lebhafter Beifall.) — Dann erfolgte die Abrechnung vom zweiten Quartal 1911. Die Einnahmen betragen 1354,39 Mk., die Ausgaben 1226,82 Mk., bleibt ein Ueberschuß von 127,57 Mk. Die Frequenz des Stellennachweises hat sich in diesem Jahre wesentlich gehoben. Im ganzen vorigen Jahre meldeten sich 924 Herrschaften. In diesem Jahre waren es bis Ende Juni 860. Im letzten Quartal meldeten sich 457 Herrschaften, die Mädchen suchten, und 224 stellensuchende Mädchen, davon wurden 98 vermittelt. Kollegin Elsa Böhr gab den Bericht der Revisoren. Der Kassiererin wurde Entlassung erteilt. Zum Schluß wurden die Kolleginnen noch aufgefordert, sich zahlreich an dem am 12. und 13. August im „Zimmer-Brunnen“ stattfindenden Gewerkschaftsfeste zu beteiligen.

Kiel. Versammlung vom 5. Juli 1911. Zur Aufnahme hatten sich drei neue Mitglieder gemeldet. Den Kartellbericht erstattete unsere Vorsitzende, Frau Deurberg, welche über den Väterstreik berichtete. Die Mitglieder wurden darauf hingewiesen, die Bäckereien zu meiden, welche die bescheidenen Lohnforderungen der Gesellen nicht bewilligen wollen. Unsere Vorsitzende wies darauf hin, daß auch unsere Mitglieder darauf achten und den hochkottierten Bäckereien fernbleiben möchten. Das Referat wurde auf die nächste Versammlung verschoben, um noch eifrig für den Besuch zu agitieren. Frau Jansen, unsere Kassiererin, gab den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine Debatte über die Auszahlung des Krankengeldes. Es wurde dem Mitgliede aufgetragen, ein Attest vorzulegen. Weiter protestierte ein Mitglied gegen ihren Ausschuß aus dem Verband. Es wurde aber klargestellt, daß der Ausschuß statutengemäß vorgenommen ist und sie nur Mitglied bleiben kann, wenn sie ihre rückständigen Beiträge erledigt. Es ist sehr notwendig, daß ein jedes Mitglied darauf achtet, seine Beiträge pünktlich und regelmäßig zu bezahlen. Nur dann können wir unseren Verband erhalten. **Alma Nothdurft.**

Leipzig. Mitgliederversammlung und Kassenabrechnung am 5. Juli 1911 im Volkshaus. Es stellte sich eine Einnahme von 178,73 Mark heraus, demgegenüber stand eine Ausgabe von 111,06 Mk., bleibt demnach ein Kassenbestand von 67,67 Mk. Unser Sommerfest am 16. Juli war gut besucht. **E. L.**

Notizen.

Die Reichsrankenversicherung, die mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes auch für Hausangestellte und für Aufwärtinnen, Zugehörinnen, Wasch- und Reinmachefrauen als „unständig Beschäftigte“ gilt, wird für diese neunhundert-zugezogenen Kreise voraussichtlich erst Mitte des nächsten Jahres zur Durchführung gelangen. Es müssen erst verschiedene Neuregelungen der bestehenden Krankenkassen von der Landesbehörde vorgenommen werden, die längere Zeit in Anspruch nehmen.

Mit dem Eintritt der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht für Dienstboten erreicht dann auch die Tätigkeit der jetzt bestehenden privaten Vereinigungen zur Krankenversicherung von Dienstboten, wie sie in Berlin (Abonnementsverein) und anderen Großstädten bestehen, ihr Ende. Diese Dienstbotenversicherungsvereine, die zum Teil über eine große Mitgliederzahl verfügen, hatten beim Reichstag und Bundesrat Schritte unternommen, um als gesetzliche Krankenkassen anerkannt zu werden. Diese Hoffnung hat sich jedoch nicht erfüllt. Es werden vielmehr bestehende Krankenkassen für Dienstboten nur auf

öffentlich-rechtlicher Grundlage anerkannt. Die privaten Vereinigungen verfallen daher im Laufe des nächsten Jahres ihrer Auflösung, sofern sie sich nicht neue Aufgaben als Ersatzkassen stellen sollten.

Es wird die Aufgabe aller Ortsgruppen-Leitungen sein, solche Vorgänge zu verfolgen, um unsere Mitglieder rechtzeitig darüber unterrichten zu können.

Aus Stellenvermittlerkreisen wird eifrig Propaganda dafür gemacht, die Taxen für gewerbsmäßige Vermittler zu erhöhen. Sogar Hausfrauen haben sich dazu hergegeben, in einer Eingabe an den Polizeipräsidenten von Berlin um Erhöhung der Taxen bis zu 20 Mk. zu bitten. Daß die Vermittler es fertig brachten, selbst die zahlenden Hausfrauen für ihre Forderungen zu gewinnen, beweist nur, daß diese Vermittler unsere Hausfrauen gut kennen und wissen, wo sie verwundbar sind, nämlich an ihrer Eitelkeit. Zu den Kreisen zu zählen, die nur „bessere“ Mädchen haben wollen, und die nur Vermittler aufsuchen, die auf „gut gelegene Geschäftsräume wegen ihrer vornehmen Kundenschaft“ sehen müssen, so etwas reizt. Für diese Schmeichelei kann man es sich schon etwas kosten lassen. Ein Herr Regierungsrat a. D. erteilt denn auch diesen Damen des Tiergartenviertels in Berlin einen nicht mißzuverstehenden Verweis. Er schreibt im „Tag“:

„Sehr bedauerlicherweise ist diese Eingabe auch von zahlreichen Damen, darunter Trägerinnen bekannter Namen, unterzeichnet worden. Diese Damen sollten sich doch heutigentags angesichts der Bemühungen, auch die Frauen staatsbürgerlich aufzuklären und ihnen staatsbürgerliche Rechte zu gewähren, ihrer Pflichten gegenüber der Allgemeinheit und den minder bemittelten Hausfrauen genügend bewußt sein, um nicht Bestrebungen zu fördern, die einzig und allein Vermittlern zugute kommen.“

Der Polizeipräsident hat denn auch die Unterzeichner der Eingabe dahin beschieden, daß zurzeit zu einer Aenderung der Gebührensätze kein Anlaß vorliegt.

Tagen für Stellenvermittler in Zeis sind wie folgt festgesetzt. Es können erhoben werden für die Vermittlung von Stellen für Diensth-, Haus-, Küchen-, Stuben- und Kindermädchen in der Stadt 3 Mk., für Kochlehrlinge 4 Mk. und für Stützen, Köchinnen und Wirtschaftserinnen 6 Mk. Die Gebühr ist je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu zahlen. Für unsere Mitglieder kommt nur die eigene kostenfreie Stellenvermittlung in Frage: Steinsgraben 40 bei Frau Flemming.

Ihr glücklichster Tag.

(Fortsetzung.)

Mit peinigendem, neidischem Gefühle sah Dorchchen zu ihrer Nachbarin hinüber, welche in traurem Zwiegespräche und zärtlicher Umarmung mit ihrer Mutter begriffen, sich gar nicht von ihr trennen konnte, obgleich die erlaubte Besuchszeit schon überschritten war. Einige der Patientinnen, welche in der Nähe von Dorchchen lagen, begannen jetzt, nachdem der Saal von Fremden endlich geleert war, unter sich eine angeregte Unterhaltung.

Jede noch so nichtige, harmlose Kleinigkeit, die sich zutrug, wurde stets scharf beobachtet und dann eifrig in der Reihe herum besprochen, denn die Langeweile ward oft von manchen, trotz Fieber und Schmerzen, als ein stärkeres Uebel empfunden als die Krankheiten selber.

Dorchchen schien es, als ob man heute besonders über sie und ihren wunderlichen Besuch Glossen machte. Da und dort wurde angelegentlich geflüstert und gewispert, und es redeten sich die Hälse neugierig nach ihr.

In ihrer empfindsamen, reizbaren Verfassung glaubte nun die Ärmste eine Zielscheibe des Spottes zu sein, obwohl sie nur unbestimmte und halbe Worte hörte, die in keinem klaren Zusammenhang waren. Sie biß fest die Zähne aufeinander, um nicht laut aufzuschluchzen; aber sie konnte es nicht verhindern, daß ihr die Tränen über die Wangen liefen. Alles verdüsterte sich um sie, und sie beachtete es nicht, daß eine besorgte Kameradin, welche in der Genesung war und aufstehen durfte, sich auf einen Stuhl neben ihr Bett setzte und freundliche, aufmunternde Worte zu ihr sprach.

Ein seltsames Gefühl der Furcht überkam Dorchchen jetzt, das sich ihres verwirrten Geistes mit rätselhafter Gewalt bemächtigte. In halbem Bewußtsein lag sie da; nebelhafte, geistesartige Figuren formten sich vor ihren Augen und verflogen wieder. Dann senkte sich ein dumpfer, schwerer Schlaf auf ihre Lider und schreckhafte Träume verfolgten sie.

Trübe Erinnerungen tauchten der Kranken auf aus ihrem jungen, schmerzreichen Dasein; alte, vergessene Dinge, die schon längst abgetan waren, wurden wieder lebendig und trieben in ihrer aufgeregten Phantasie ihr tolles Spiel. Mit drohender Miene stellten sich jetzt unheimliche Gestalten so dicht vor sie hin, daß es sie vor Grauen mit kaltem Schauer überrann. Da war

ihr Vater, der sie früher als Kind wegen geringer Vergehen oft stark gestraft hatte und sie jetzt wieder bedrängte.

Raum war Dorchchen wieder etwas beruhigt, so schreckte sie plötzlich von einer grellen, mißtönenden Stimme auf, die ihr in den Ohren klang und gellte. — Ihre Dienstherrin trieb sie, obgleich sie leidend war, mit groben Worten erbarmungslos zur Arbeit an. Nun loderte zornige Empörung in der Gequälten auf, wie sie es noch niemals selbst in wachem Zustande empfunden hatte, und sie verwünschte ihre Peiniger. Sie stöhnte und schrie, bald von eisigem Froste geschüttelt und bald in fliegender Hitze zuckend.

Wieder und wieder erschienen ihr endlose Traumbilder, teilweise verzerrt in wildem Durcheinander, teilweise mit solch blendender, scharfer Klarheit, als ob dies nicht ein hohler Traum, sondern leibhaftige, greifbare Wirklichkeit wäre.

Das Martyrium ihres Krankenlagers, welches sie bisher so geduldig getragen hatte, erschien ihr mit einem Male wie eine ungeheure Last, die sie ersticke. Aber sie wollte sich davon losmachen, sich befreien.

„Fort —“ schrie die Leidende laut auf und erwachte daran. Mit unstatem flackernden Blicke schaute sie um sich und gewahrte den Oberarzt Doktor Schmiden, der dicht bei ihr saß und ihren Puls fühlte.

„Nun, wie fühlen Sie sich, Sie armes Kind?“ fragte er weich und teilnehmend.

„Mir ist recht übel; ach, ich bin so unglücklich...“ klagte Dorchchen in weinerlichem Tone, worauf der Doktor sie ernst und prüfend betrachtete. „Ich will fort, fort,“ lamentierte sie gleich darauf wieder.

„Sie sprechen im Fieber,“ redete er mit milder Strenge auf sie ein, „aber wohin wollen Sie denn?“

„Ich weiß es nicht, nur gesund und froh möchte ich sein. — Ich will weit fort von hier,“ wiederholte sie eigensinnig.

„Jetzt will ich Ihnen etwas sagen, Fräulein Dorchchen,“ begann der Arzt bedächtig. Er wußte, welche angenehme Wirkung die Höflichkeitsformel „Fräulein“ auf solche kleinen Landmädchen hatte, und wandte jetzt deshalb diese Anrede mit besonderem Nachdruck an. „Wenn Sie recht vernünftig und ruhig sind,“ fuhr er dann lächelnd fort, „werden Sie bald genesen und Reisen machen können. Versprechen Sie mir, daß Sie sich recht viel Mühe geben, damit Ihr böses Fieber weggeht, dann werde ich Ihnen zur Belohnung etwas Schönes schenken. Besinnen Sie sich einstweilen darauf, was Sie sich Besonderes wünschen, nicht wahr, Fräulein Dorchchen?“

Mit diesen Worten verließ sie der Arzt und nickte ihr noch freundlich zu. Es war nämlich seine persönliche Liebhaberei, besonders armen, bedürftigen Patienten hier und da etwas aus eigener Tasche zu spenden, um sie ein bißchen aufzuheitern.

Er nahm auch sonst beständig solch außerordentlichen, regen Anteil an dem Ergehen seiner Pfleglinge, daß er von allen Kranken, von jung und alt, wie ein guter Vater verehrt wurde.

Dorchchen ward von der Versprechung des Doktor Schmiden sehr getröstet, und ihr Kummer ließ dabei sachte nach und verschwand leise. Ihre Krankheit war aber ziemlich langwierig; der heftige Fieberanfall, den sie damals an dem denkwürdigen Tage, als ihr Vater sie besuchte, bekam, hatte ihrem schwachen Zustande einen bedenklichen Stoß gegeben.

Immer noch sah sie zart und zerbrechlich aus; ihr schmales Gesicht war ordentlich spitzig geworden, nur die Augen leuchteten groß und hell darin. Sie ward nun der Mittelpunkt des Interesses und des Mitleids im Saale, in dem sich außer ihr noch elf Kranke befanden. Jedes tat ihr etwas Liebes und Gutes; man verhätschelte sie, und das junge Mädchen war so unaussprechlich froh und dankbar für den kleinsten unscheinbarsten Liebesdienst, der ihr erwiesen wurde.

Jetzt kam sie sich beinahe wie eine ganz hervorragende, gewichtige Persönlichkeit vor, da sie von nun an als besonders Schwerkranker im Saale 187 eine Hauptrolle spielte, so weilten die Herren Doktoren, der Oberarzt und die beiden jungen Assistenten stets einige Zeit länger an ihrem Bett als bei den übrigen Patientinnen. Selbst der Leiter des Krankenhauses, Professor Burfer, welcher es seiner großen Praxis wegen stets eilig hatte, hemmte seinen raschen Gang durch den Saal und hielt sich bei ihr auf. Er betrachtete die Krankheit als einen sehr interessanten Fall.

Etlliche Griesgrämige eiferten zwar zuweilen mit spitzen Worten, daß man sie links liegen lasse und ihre verschiedenartigen Krankheiten und Gebrechen nicht ebenso nach Gebühr interessant und bemerkenswert finde, aber wenn einer der Ärzte mal bei der nächsten Visite mit solchen Unzufriedenen scherzte und irgendeinen wohlgemeinten Witz zum Besten gab, der mehr oder minder geistreich war, so war der Friede wieder hergestellt.

Selten beteiligte sich Dorchchen an solchen Plaudereien, sie war still und zurückhaltend, aber sie nahm begierig alles in sich auf, was der gegenwärtige Tag brachte. An ihre frühere Not und Pein dachte sie nicht mehr; alles, was sie vorher betrübt hatte, er-

schien ihr jetzt so ferne und verankert wie Schatten im Nebel der Vergangenheit. Sie lebte nur der Zukunft, die sie sich so hübsch und reizvoll wie möglich ausmalte.

Da sie stets in unveränderlicher ruhiger Rückenlage an das Bett gefesselt war, so wurde alles von Bedeutung für sie, was ihr sinnendes Gemüt ergötzen konnte. Ein schimmernder Sonnenstreifen, der eben durch den Saal schien und eine Weile die leere, schmutzige Wand vergoldete, dann lieblos über ihr Bett glitt und bald darauf wieder verschwand, fachte in ihr süße Träumereien an.

Wie schön war es wohl, an einem hellen Sonntagnachmittag ganz allein in weiter freier Flur draußen zu luftwandeln, die frische, würzige Luft einzuatmen und dem munteren Vogelgezwitscher zuzuhören! — Wogende, glänzende Kornfelder, worinnen brennendrote Klatzrosen leuchteten und treuherzige, blaue Kornblumen zwischendurch guckten, saftiggrüne, üppige Wiesen und klare, sprudelnde Bächlein erstanden vor ihren träumerischen Augen.

Nun würde sie gewiß bald genesen, da es ihr Doktor Schmidtens Versicherung hatte, und dann bekam sie natürlich auch das versprochene Präsent, was sie sich vorher zur Bestimmung ihrer Wahl noch gründlich überlegen mußte.

Darauf baute sie allerhand hübsche Luftschlösser, die sie allemal wieder verwarf, um wieder etwas Neues zu erfinden.

Um Dorchen war steter Wechsel; Geheilte gingen und andere Kranke kamen, so daß sie oft neue und fremde Gesichter um sich sah, an die sie sich erst wieder gewöhnen mußte. Es traten auch sehr schwere Fälle ein, welche Dorchen voll Entsetzen miterlebte.

In kurzer Folge starben unerwartet und rasch in ihrem Saale ein junges Mädchen und eine alte Frau nacheinander. Beidemal war Dorchen auf das tiefste erschrocken, das Erlöschen einer sterbenden Seele so in fühlbarster Nähe mit anzuschauen und mitzuerleben.

Ein eigentümlicher, exaltierter Ton herrschte nach den beiden Todesfällen im Saale. Statt den ehemaligen neckischen Unter-

haltungen, die freilich bisweilen auch von Schmerzenseufzern oder von sonderbaren Launen unterbrochen worden waren, fanden nur noch ganz merkwürdige klägliche Gespräche statt. Wie ein schwerer Druck lastete es auf dem Gemüt der armen Kranken. Eine ältere Wärterin, Schwester Bertha, die eben erst während dieser schweren Tage zum Dienste in diesen Saal berufen war, suchte mit frommem Eifer die nachhaltende, trübselige Stimmung der Kranken noch mehr zu vertiefen. Sie war eine pflichttreue und tüchtige Pflegerin, aber von klösterlicher Herbeheit und düsterem Wesen. Mit Vorliebe ließ sie wehmütige Choräle und Grabgesänge von einigen Genesenden, die zum Singen fähig und willig waren, anstimmen, wenn sich gerade die Gelegenheit darbot. Dabei mußte sie aber stets mit wachsamem Auge einen günstigen Moment abpassen, wo sie gerade von keinem der Ärzte zu irgendwelchen schleunigen Dienstleistungen gerufen werden konnte und wodurch dann die Pflege des Geistes in den Hintergrund gestellt werden mußte. (Schluß folgt.)

Eingelaufene Druckschriften.

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende. 2. Teil. Von Franz Mehring. Preis 1,25 Mk. Beide Teile in Leinenband 2,50 Mk.

Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky. Preis 75 Pf. Vereinsausgabe 25 Pf.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. A. Conrady. Jede Woche ein Heft zum Preise von 20 Pf. Probehefte durch alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolporture.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Als Heft 26 erschien jenseits von Dr. Hans Schwerin: Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens. Mit 5 Abbildungen.

Kirchensteuer und Kirchenaustritt in Preußen. Von Dr. S. Rosenfeld. Preis 20 Pf.

Sämtliche vorstehenden Schriften sind erschienen im Verlag Buchhandlung Vorwärts und sind in den Parteibuchhandlungen am Orte oder direkt in Berlin S.W. 68 zu bestellen.

Kollegen und Kolleginnen! Besucht alle Veranstaltungen Eurer Ortsgruppe :: Bringt zu den Vorträgen sowie Vergnügungen stets Kolleginnen, Freundinnen und Bekannte mit! Werbt Mitglieder! Bezahlt regelmäßig eure Beiträge! Meldet stets die neue Adresse!

Berlin Donnerstag, den 3. August 1911, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Verammlung

Vortrag über die „Kostgeld-Erhöhung“.

Sonntag, den 13. August 1911:

Ausflug nach Birkenwerder
Restaurant „Paradiesgarten“.

Donnerstag, den 17. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Verammlung

im „Volkshaus“, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Vortrag von Herrn Gebert: „Die gewerkschaftliche Organisation u. ihre Bedeutung“.

Sonntag, den 20. August:

Ausflug nach Hirschgarten
Restaurant „Wilhelmshof“.

Donnerstag, den 24. August, abends 7 Uhr:

Zusammenkunft

zum Konzert im Garten der „Unions-Brauerei“, Hasenheide 22/31.

Sonntag, den 27. August:

Ausflug nach Johannisthal
„Park-Restaurant“.

Alles Nähere wird durch Flugblätter bekanntgegeben. Die Mitglieder werden ersucht, sich an den Donnerstag-Verammlungen recht zahlreich zu beteiligen und von ihren freien Abenden stets Gebrauch zu machen.

Leipzig Mittwoch, den 16. August 1911, abends 8 Uhr:

Mitgliederversammlung mit Vortrag
im „Volkshaus“.

Sonntag, den 3. September, abends 6 Uhr:

Unterhaltungsabend

im „Volkshaus“.

Dresden Sonntag, den 20. August 1911:

Partie nach der Niederlöbnitz

Treffpunkt nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr in „Wilder-mann“, von dort nach der Bahnwiese durch den Fiedlergrund nach dem Jägerhaus. Dort Tanz.

Sonntag, den 3. September 1911:

Tanzabend

im „Volkshaus“, großer Saal.
Beginn nachmittags 5 Uhr. — Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein
Die Ortsverwaltung.

Die Adresse der Vorsitzenden ist: Frau Lewinsohn, Görlitzerstraße 23 II.

Die Adresse der Kassiererin ist: Frau Weise, Uhländstraße 39 IV.

Hannover Mittwoch, den 16. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Mitglieder-Verammlung
im „Gewerkschaftshaus“, Nikolaisstr. 7, II. Etage, Zimmer 16.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Kurt Mey über: „Was müssen die Hausangestellten von der Reichsversicherungsordnung wissen“. 2. Wichtige Verbandsangelegenheiten.

Sonntag, den 12., und Sonntag, den 13. August:

Beteiligung am Gewerkschaftsfest
im „Zimmer-Brunnen“.

Am Sonntagabend Anfang um 5 Uhr nachmittags und Sonntag um 3 Uhr. — Konzert, Gesang, turnerische Aufführungen, Volksbelustigungen.

Braunschweig Donnerstag, d. 17. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Mitglieder-Verammlung
im Vereinslokale, Stobenstr. 9.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs D. Günther über Literatur. 2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Braunschweig Sonntag, d. 20. August, nachmittags 3 Uhr:

Großes Sommerfest

in den Räumen der „Gambriusshallen“, bestehend in Gartenkonzert, Preispielen und Ball, unter Mitwirkung des Sportklubs „Freie Kraft“. Eintritt 20 Pf. Mitglieder frei.

Hamburg Donnerstag, den 10. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Mitglieder-Verammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Besenbinderhof 57, I.
Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 20. August 1911, abends 6 Uhr:

Gemütliches Beisammensein

in „Eidelbergs Gesellschaftshaus“, Kl. Rosenstr. 16.
Die Kolleginnen werden gebeten und müssen es auch als ihre Pflicht erachten, recht viele neue Mitglieder für den Verband zu werben und sie dann zu den Veranstaltungen mitzubringen.
Die Ortsleitung.

Chemnitz Unsere Verammlungen finden in jedem zweiten Dienstag im Monat, bei Arnolds, Theaterstraße, statt.

Nürnberg-Fürth Sonntag, 13. August, nachmittags 4 Uhr:

Verammlung

im „Historischen Hof“, Neue Gasse 13.
Vortrag: „Kulturelle Fortschritte“. Referentin: Helene Grünberg, Arbeitersekretärin.

Sonntag, den 27. August
Ausflug nach Erlenstegen.
Restauration Kalb.
Treffpunkt nachmittags 4 Uhr Laufertor.

Sonntag, den 10. September

Verammlungen

Näheres nächste Nummer.